Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoeuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3394. • Expedition: Amt Lützow 3248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Markzeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Markreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 120. [52. Jahrgang.] **Sonnabend den 24. Mai 1913.** [52. Jahrgang.] **Nr. 120.**

Berlin, den 23. Mai.

Politischer Tagesbericht.

Umgeben von einem großen Kreis erlauchter Gäste schließen morgen die Prinzessin Viktoria Luise und der Prinz Ernst August den Bund fürs Leben. An der Freude der Hohen Eltern und des jungen Paares nimmt das deutsche Volk wärmsten Anteil. Auch wir bringen innige Segenswünsche für diese Verbindung dar, die auf Herzensneigung aufgebaut ist, und durch die zugleich alte Gegensätze ausgeglichen werden. Möge das gütige Geschick, das bisher die einzige Kaisertochter im Elternhause geleitet hat, auch über ihrer Zukunft an der Seite ihres Gemahls walten und beiden ein ungetrübtes menschliches Glück beschieden sein!

Die Festlichkeiten bei Hofe.

Galatafel im Weißen Saale.

Gestern abend um 8 Uhr fand bei Ihren Majestäten Galatafel im Weißen Saale des Königlichen Schlosses statt, wozu zahlreiche Einladungen an Herren und Damen des diplomatischen Korps, die Hofstaaten, die Palastdamen, die Gefolge, den Reichskanzler und Gemahlin, die Generalität und Admiralität, die Ritter des Schwarzen Adlerordens, den hohen Adel, die Minister und Staatssekretäre, die stimmführenden Mitglieder des Bundesrats, die Präsidenten des Reichstags und beider Häuser des Landtages ergangen waren. So bemerkte man unter den Gästen die Botschafter Sir Edward Goschen, Fürst Lichnowsky, Smerbejew, Graf Pourtalès, den Statthalter Grafen Wedel, Staatssekretär von Jagow, Oberpräsident von Conrad, Oberbürgermeister Wermuth und Polizeipräsident von Jagow.

Die Allerhöchsten und höchsten Herrschaften versammelten sich im Rittersaale, von wo aus sie sich in feierlichem Zuge nach dem Weißen Saal begaben. Das hohe Brautpaar eröffnete den Zug. Der Kaiser führte die Königin von England, der König von England die Kaiserin, der Kaiser von Rußland die Großherzogin Luise von Baden, der Herzog von Cumberland die Kronprinzessin, der Kronprinz die Herzogin von Cumberland, der Großherzog von Baden die Großherzogin von Hessen, und weiter folgten paarweise alle anderen anwesenden Fürstlichkeiten, weit über fünfzig an der Zahl.

Bei der Tafel hatte das Brautpaar den Ehrenplatz vor dem Thronhaldachin inne. Rechts von der Braut saß der Kaiser von Rußland und die Großherzogin Luise von Baden, links neben dem Bräutigam die Kaiserin und der König von England, gegenüber der Kaiser zwischen der Königin von England und der Herzogin von Cumberland.

Seine Majestät der Kaiser trug den roten Galarock der Gardes du Corps, der König von England die Uniform des 1. Gardebragonerregiments, der Kaiser von Rußland diejenige des 2. Gardedragonerregiments. Die Tafel war mit wundervollem Flieder geschmückt. Sämtlichen Fürstlichkeiten wurde von Pagen aufgewartet. Die Musik stellte das Kaiser Alexander-Gardegrenadierregiment Nr. 1. Das Musikprogramm war folgendes: Armeemarsch Nr. 9 Herzog von Braunschweig, Preobrazhenskymarsch, Vorspiel zu „Lohengrin", Phantasie aus „Die Meistersinger", Englischer Marsch, „Pomp and Circumstance", Polonaise aus der Oper „Eugen Onegin" von Tschaikowsky, Serenade von Grünfeld, Tscherkessischer Zapfenstreich. Nach der Tafel hielten die Majestäten Cercle.

Ankunft von Gästen.

Auf dem Potsdamer Bahnhof trafen gestern nachmittag um 2 Uhr 45 Min. ein: Herzog Johann Albrecht, Regent des Herzogtums Braunschweig, und Gemahlin (Gefolge: Oberhofmeisterin Gräfin Baßewitz, Hofmarschall von Rantzau, Flügeladjutant Oberst Freiherr Knigge; Ehrendienst Oberst Freiherr von Senden und Kammerherr Freiherr von Bodelschwingh-Plettenberg. Wohnung: Hotel Adlon); Prinz und Prinzessin Eitel-Friedrich waren zum Empfang erschienen.

Um 4 Uhr 1 Min. langten auf dem Lehrter Bahnhof Prinz und Prinzessin Heinrich an. (Gefolge: Oberhofmeisterin Freifrau von Seckendorff, Hofdame Fräulein von Plänckner, Hofdame Fräulein von Oertzen, Hofmarschall Freiherr von Seckendorff, Schloßhauptmann Graf Hahn-Neuhaus, Adjutant Kapitänleutnant von Tyszka, Adjutant Kapitänleutnant von Hugo. Wohnung: Hotel Kaiserhof). Prinz Oskar empfing die Herrschaften; zu gleicher Zeit trafen die Söhne des hohen Paares ein: Prinz Waldemar von Preußen (mit Kammerherrn von Usedom) und Prinz Sigismund von Preußen (mit Oberleutnant z. S. von Rabenau).

Um 4 Uhr 40 Min. trafen auf Bahnhof Friedrichstraße ein und wurden vom Prinzen Joachim empfangen der Herzog und die Herzogin zu Schleswig-Holstein (Gefolge Freiin von Saß und Hofmarschall Kammerherr Graf v. Rzewuski, Ehrendienst Oberstleutnant von Dommes. Wohnung: Hotel Bristol).

Besuche.

Während Seine Majestät der Kaiser in den Gemächern verblieb, statteten am Nachmittag Kaiser Nikolaus von Rußland, König Georg und Königin Mary von Großbritannien im Hotel Der Kaiserhof dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Preußen einen Besuch ab, wo sie den Tee einnahmen. Auch der Großherzog und die Großherzogin von Hessen, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen sowie Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen nahmen teil an dem Tee. Ueber eine Stunde währte das Zusammensein der Fürstlichkeiten.

Wie auch an anderer Stelle erwähnt, haben der König und die Königin von England, mit ihnen das Kronprinzliche Paar sowie andere Fürstlichkeiten einem Teil der gestrigen Rennen im Grunewald angewohnt. Nach dem Tee beim Prinzen Heinrich machten der König und die Königin der Großherzogin Luise von Baden einen Besuch.

Der Kaiser von Rußland hatte zuerst dem im Schlosse wohnenden Großherzog von Baden seinen Besuch gemacht. Er besuchte dann den Kronprinzen, den Prinzen Eitel-Friedrich, den Prinzen August Wilhelm und fuhr dann bei dem Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg vor.

Der Herzog und die Herzogin von Cumberland besuchten den Kronprinzen und andere hier wohnende Fürstlichkeiten und gaben beim Reichskanzler und Frau von Bethmann Hollweg ihre Karten ab. Der Großherzog von Baden besuchte den Reichskanzler.

Der Kaiser von Rußland, der König und die Königin von England und der Herzog und die Herzogin von Cumberland benutzten bei ihren Ausfahrten offene kaiserliche Automobile mit den entsprechenden Flaggen und wurden überall sympathisch begrüßt.

Zur Hochzeitsfeier.

Um 10 Uhr Vormittags besichtigten heute die Kaiserin, der König und die Königin von England, der Herzog, die Herzogin und die Prinzessin Olga von Cumberland, die Kronprinzessin sowie andere Fürstlichkeiten in den Brauschweigischen Kammern die dort aufgestellten Hochzeitsgeschenke. Es sind über hundert Gegenstände; als erster ist der Teppich der Stadt Berlin aufgebaut, daneben der Schrank des preußischen Städtetags, dann folgen die Gaben von Städten, Ritterschaften, Ständen, Landtagen, Hochschulen, Schulen, fremden Fürstlichkeiten und deutschen Fürsten und Freien Städten, Regimentern, Vereinen, deutschen Kolonien im Auslande und einzelnen Personen.

Um 11 Uhr empfing das Brautpaar in Gegenwart der Kaiserin in der Braunschweigischen Galerie eine Anzahl von Deputationen, voran für die Damen und Herren des Hofstaates den Oberhofmarschall Grafen Eulenburg, den Hausmarschall Freiherrn von Lyncker und den Hofmarschall Grafen Platen; sodann für ihre Souveräne den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen von Szögyeny-Marich, den italienischen Botschafter Bollati, den türkischen Botschafter Mahmud Mukhtar Pascha und den niederländischen Gesandten Baron Gevers; es folgten die Deputationen des preußischen Städtetages und der Stadt Berlin (Oberbürgermeister Wermuth, Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Cassel, Stadtrat Dr. Luther), Deputationen der Ostfriesischen Ritterschaft, des Herzogtums Braunschweig, der Ritterschaft des Herzogtums Braunschweig, des Bürgervereins der Stadt Braunschweig, der Vereinigung der Braunschweiger in Berlin, des Provinziallandtages Hannover, der Residenzstadt Hannover, von Damen und Herren der Provinz Hannover, der Gesellschaft für Heereskunde-Berlin, der Residenzstadt Potsdam, der Stadt Werder a. d. Havel, des 2. Leibhusarenregiments Nr. 2 in Danzig-Langfuhr, des Husarenregiments von Zieten (Brandenburgisches) Nr. 3 in Rathenow, des Vereins ehemaliger Leibhusaren in Berlin, des 1. Schweren Reiterregiments Prinz Karl von Bayern, der braunschweigischen Landesrechtspartei. Auch littauische Weberinnen in ihrer hübschen bunten Landestracht wurden empfangen. Die Führer der Deputationen hielten jedesmal eine kurze Ansprache, viele überreichten dabei herrliche Blumensträuße. Die Kaiserin und das Brautpaar dankten mit huldvollen Worten.

Silberhochzeit des Prinzen Heinrich.

Schon am heutigen Vormittag hatten sich zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten, Klubs und Vereinigungen eingefunden, um dem Prinzen Heinrich und seiner Gemahlin zur Feier ihrer Silberhochzeit Glückwünsche darzubringen. Das Hotel „Kaiserhof", in dem der Prinz mit seiner Familie Aufenthalt genommen hat, war festlich geschmückt. Die Vorhalle glich einem Blumengarten.

Als erster gratulant fand sich bereits um 10 Uhr Morgens der Reichskanzler von Bethmann Hollweg ein, der seine Glückwünsche aussprach und längere Zeit von dem Prinzen, der Admiralsuniform angelegt hatte, während seine Gemahlin eine zart-lila Robe trug, ins Gespräch gezogen wurde. Dann erschien eine Deputation des Kaiserlichen Automobilklubs, um dem Förderer des deutschen Automobilismus zu seinem Ehrentage Glück zu wünschen und ihm ein silbernes Ehrengeschenk sowie ein prächtiges Blumenarrangement zu überreichen. Das Freiwillige Automobilkorps war durch eine Deputation unter Führung des Geheimen Kommerzienrats Türenstein vertreten. Sie überbrachte die Glückwünsche des Korps und überreichte ein Gemälde. Später erschienen Dr. Dechelhäuser, eine Deputation des Seekadettenkorps, der Kommandeur des Füsilierregiments Nr. 35 von Brandenburg Oberst Siber, der im Namen des Offizierkorps dem Prinzen einen kostbaren silbernen Tafelaufsatz überreichte. Ferner hatten die Vereine ehemaliger Ober der Provinz Brandenburg eine Deputation gesandt.

Ausfahrten und Besuche am Freitag.

Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus mit Gefolge und Ehrendienst machten heute vormittag eine Ausfahrt in Automobilen nach dem Schloß Charlottenburg und weiter über den Kaiser Wilhelmturm und die Kolonie Grunewald. In Charlottenburg besuchten beide Kaiser das Mausoleum, wo der Kaiser von Rußland einen Kranz niederlegte. Für Mittags um 12½ Uhr sind die beiden Kaiser beim Offizierkorps des Alexanderregiments zum Frühstück angesagt, der König von England in der englischen Botschaft.

** Der Kaiser von Rußland hat den Reichskanzler von Bethmann Hollweg in dreiviertelstündiger Audienz empfangen. Als Andenken verehrte Seine Majestät dem Reichskanzler einen silbernen, mit Edelsteinen besetzten Schrein.

** Der König von England hat dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg das Großkreuz des Viktoriaordens verliehen.

* * *

Russische Preßstimmen.

Petersburg, 23. Mai. Die offiziöse „Rossija" schreibt, obgleich der Anlaß zu der Begegnung der drei mächtigsten Monarchen in Berlin ein Familienereignis sei, könne man nicht umhin, darin einen beredten Beweis für den Wunsch der Monarchen zu sehen, die Festigkeit der sie zum Wohle ihrer Völker verbindenden Freundschaft zu bestätigen. Der Besuch des Kaisers in Deutschland erscheine als ein neuer Beitrag zur Geschichte der russisch-deutschen Beziehungen, welche im Laufe der Jahrhunderte durch aufrichtige Freundschaft ausgezeichnet gewesen seien. Die Nachbarschaft beider Reiche, die wirtschaftlichen Interessen, viele gemeinsam durchlebte historische Momente, endlich die verwandtschaftlichen Bande zwischen den Herrscherhäusern hätten den Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland schon längst die Stabilität gegeben, die eine so große Rolle bei der Erhaltung des politischen Gleichgewichts in Europa spiele. Dank ihrer traditionellen Freundschaft erleichterten Rußland und Deutschland, obgleich sie verschiedenen Gruppen der Großmächte angehörten, nicht wenig die Entscheidung in Fragen der internationalen Politik, in welchen die Interessen des Dreibundes und der Tripleentente kollidierten. Im letzten Jahrzehnt seien die Begegnungen der Monarchen häufiger geworden; darin sei der Wunsch der Herrscher zu erkennen, durch ihr persönliches Beispiel das gegenseitige Vertrauen ihrer Nationen zu fördern. Von diesem Standpunkt aus sei der Besuch des Kaisers in Berlin als ein Zeichen für die Festigkeit des Friedens überhaupt und der freundnachbarlichen Beziehungen im besonderen zu betrachten.

Petersburg, 23. Mai. „Russkaja Molwa" schreibt: Für die europäische Politik hat die Anwesenheit der beiden verwandten, nicht verbündeten Monarchen in Berlin eine symptomatische Bedeutung. Sie zeigt, daß mindestens für die nächste Zeit in Europa Ruhe zu erwarten ist und daß tiefere Konflikte nicht bevorstehen. — „Birschewija Wjedomosti" schreibt: Der Berliner Familienfeier kommt die Bedeutung eines politischen Ereignisses zu. Sie verstärkt die Chancen für den Frieden, denn niemand bezweifelt die Friedensliebe Deutschlands, Rußlands und Englands.

Der Krieg auf der Balkanhalbinsel.

Die Friedensverhandlungen.

London, 22. Mai. Wie das Reuterische Bureau erfährt, haben die Mächte auf die Mitteilung der Verbündeten hinsichtlich der vorgeschlagenen Abänderungen des Friedensvertrages geantwortet, sie seien der Meinung, daß die Besprechung dieser Aenderungen eine Verzögerung im Gefolge haben werde. Sie sprächen daher die Hoffnung aus, daß die Türkei und die Verbündeten so bald wie möglich zu einem Uebereinkommen hinsichtlich des Friedensschlusses gelangen würden.

Die von den Verbündeten vorgeschlagenen Aenderungen in dem Entwurf des Friedensvertrages werden, wie das Reuterische Bureau erfährt, in autoritativen türkischen Kreisen mit gemischten Gefühlen betrachtet. Gegen Abänderungen nebensächlicher Art wird von türkischer Seite kein erheblicher Einwand erhoben. Soweit aber eine Aenderung der Friedensbedingungen selbst erstrebt wird, die von den Mächten aufgestellt und von den Kriegführenden angenommen wurden, nehmen die Türken eine andere Stellung ein und meinen, daß solche Vorschläge einen ausgeprägten Mangel an Achtung vor den Mächten zeigen. Alle Anzeichen deuten an, daß die türkischen Vertreter sich diesen Aenderungen widersetzen werden. Besonders wird gegen die vorgeschlagene Streichung der Worte „und verbündeten Souveräne" im dritten und fünften Artikel des Vertrages Einwand erhoben. Es wird geltend gemacht, daß durch diese Aenderung der Sultan verpflichtet würde, die Entscheidung der Mächte hinsichtlich Albaniens und der Inseln anzunehmen, während nicht erwähnt werde, daß die verbündeten Souveräne in gleicher Weise verpflichtet sind.

Wie das Reuterische Bureau weiter erfährt, werden ausgezeichnete Fortschritte für den Abschluß des Friedens gemacht. Zwischen den Delegierten der Balkanstaaten und denen der Türkei fanden neue Konferenzen statt, um die grundlegenden Bedingungen eines Friedensvertrages zu finden. Man glaubt nicht, daß die türkischen Delegierten ernsthaft den Ansichten der Verbündeten widersprechen. Es ist wahrscheinlich, daß Europa gegen die vorgeschlagenen Abänderungen keinen Widerspruch erheben wird. Sämtliche Missionen der Verbündeten hielten heute eine Konferenz ab, um über die Lage mit Rücksicht auf die Ereignisse der letzten Tage zu beraten. Es wird auch hervorgehoben, daß die Großmächte den Vorschlägen betreffend die besonders Serbien berührenden Fragen zustimmten und daß Serbien von dieser Erklärung vollkommen befriedigt sei. Das Datum der offiziellen Versammlung der Delegierten ist noch nicht festgesetzt, doch wird wahrscheinlich eine Entscheidung hierüber in einigen Tagen getroffen werden.

Die Pariser Finanzkommission.

London, 22. Mai. Hinsichtlich der rechtlichen Stellung der Delegierten der verbündeten Balkanstaaten bei der Finanzkonferenz in Paris erfährt das Reuterische Bureau, daß die Delegierten in Angelegenheiten, welche die Verbündeten direkt berühren, dieselbe Stellung haben werden wie die Vertreter der Mächte. In solchen Fragen jedoch, die ausschließlich die Mächte und die Türkei berühren, wie die Frage der Verwaltung der türkischen Schuld, würden ihre Funktionen rein beratender Natur sein.

Die albanische Frage.

London, 22. Mai. Wie das Reuterische Bureau erfährt, ist angesichts der vielen verwickelten Fragen in Verbindung mit der Verwaltung Skutaris den Mächten der Vorschlag gemacht worden, daß diese Verwaltung dem fremden-Konsularkorps anvertraut werde, das sie unter den Befehlshabern der internationalen Flottenmacht zu führen hätte. — Hinsichtlich der staatsrechtlichen Stellung Albaniens nehmen die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Hauptstädten ihren Fortgang. Es ist nicht zu besorgen, daß es ernste Schwierigkeiten machen wird, die Ansichten der Mächte darüber in Einklang zu bringen, ob Albanien ein völlig unabhängiger Staat werden oder dem Namen nach unter irgendeiner Art türkischer Kontrolle stehen soll. Gegenwärtig liegt den Regierungen kein definitiver Entwurf vor. Es sind ihnen lediglich eine Anzahl von Empfehlungen, Anregungen und Abänderungen zu dem österreichisch-italienischen Entwurf unterbreitet worden, die alle behandelt werden, und sie die wahrscheinlich in der nächsten Sitzung der Botschafter Bericht erstattet wird.

Das Petersburger Protokoll.

Bukarest, 22. Mai. Der Ministerrat hielt heute unter Hinzuziehung der Präsidenten beider Kammern eine Sitzung ab, in der der Ministerpräsident das Petersburger Protokoll verlas. Der Ministerrat beschloß, dem Senat am Sonnabend in geheimer Sitzung hierüber Mitteilung zu machen. — Der bulgarische Gesandte Dr. Kalinkow, der aus Sofia hierher zurückgekehrt ist, hatte mit dem Ministerpräsidenten eine Zusammenkunft.

Griechen und Bulgaren.

Athen, 22. Mai. (Agence d'Athènes.) Gestern nacht überschritten beträchtliche bulgarische Streitkräfte unter Verletzung der neutralen Zone bei Koulissita und Kotsaki die Brücken über den Anghilistluß und drangen in unbestreitbar von den Griechen besetztes Gebiet ein. Es entspann sich ein heftiger Kampf, der noch andauert. Der Ausgang des Kampfes ist ungewiß. Die griechische Regierung protestierte energisch gegen die Verletzung des geschlossenen Abkommens, machte Bulgarien für alle Folgen verantwortlich und forderte die Zurückziehung der Truppen. Wenn die Bulgaren diese Forderung nicht erfüllen, wird der Streit voraussichtlich ernsten Umfang annehmen.

Verhandlung im elsaß-lothringischen Landtag über die Anträge der Regierung beim Bundesrat.

Bei dichtbesetzten Tribünen und in Anwesenheit aller Mitglieder der Regierung verhandelte gestern die Zweite Kammer des elsaß-lothringischen Landtags über Interpellationen, betreffend die Anträge der elsaß-lothringischen Regierung beim Bundesrat auf Einführung des Reichspreßgesetzes und Aenderung des Vereinsgesetzes.

Es sprachen zunächst die Abgg. Hauß (Zentr.), Labroise (Lothr.), Peirotes (Soz.) und Wolf (Lib.) für ihre Fraktionen.

Zur Begründung der Interpellation des Zentrums führte Abg. Hauß (Zentr.) aus: Man sollte es nicht für möglich halten, daß dieselbe Regierung, die vor zwei Jahren der Verfassungsreform zugestimmt hat, heute nach Ausnahmegesetzen ruft. Der Selbsterhaltungstrieb und die Selbstachtung hätten es der Regierung verbieten müssen, diesen Weg zu gehen. Ein Volk kann in zwei Jahren nicht so geartet sein, daß man es jetzt mit einem Drohtzaum umgehen muß. Man muß vielmehr Elsaß-Lothringen dieselbe Freiheit gewähren wie den anderen Bundesstaaten. Mit anderen Worten: Wir fordern die Autonomie. — Abg. Labroise (Lothr.) hob hervor, die elsaß-lothringische Bevölkerung wünsche in Ruhe und Frieden zu leben und ihren gesunden Particularismus gewachet zu sehen. Die Regierung möge im Hinblick auf die unvermeidlichen Folgen und im Interesse des Landes und des Reiches davon abstehen, einen neuen politischen Fehler zu begehen. — Abg. Peirotes (Soz.) führte aus: Wir stehen vor der Tatsache, daß uns die elsaß-lothringische Regierung unter Kuratel stellen will. Wir lassen sich aber nicht durch Ausnahmegesetze unterdrücken, wie das Gesetzlichkeitsgefühl bewiesen hat. Die Regierung hat noch andere Mittel an der Hand, um Auswüchsen entgegenzutreten. Das Parlament steht geschlossen der Regierung gegenüber. Das sollte ihr zu denken geben. Sie treibt den Kriegshetzern Hüben und drüben Wasser auf die Mühlen, und die fruchtbare Arbeit von Bern wird auf das stärkste gestört. Und all dies, trotzdem 99% der elsaß-lothringischen Bevölkerung von den Nationalisten nichts wissen wollen. — Abg. Wolf (liberal) erklärte: Es hat sich ein Riß aufgetan zwischen der Regierung und dem Volk. Was die Regierung plant, widerspricht dem Geist und dem Sinn unserer Verfassung und wird nur zur Stärkung des Nationalismus beitragen. Im Reichstag werden die Anträge hoffentlich auf unentwegten Widerstand stoßen. Die Regierung macht sich keine Gedanken über die internationalen Wirkungen ihres Vorgehens, das wir um der Ehre des Vaterlandes willen auf das energischste bekämpfen müssen.

Darauf ergriff Unterstaatssekretär Mandel das Wort zur Beantwortung, wobei er ausführte:

Wenn wir über unsere Anträge an den Bundesrat zunächst keine Mitteilung in die Oeffentlichkeit gelangen ließen, so geschah dies mit Rücksicht auf den Bundesrat. Keine Regierung hat das Recht, eine Vorlage zu veröffentlichen, bevor diese ihre endgültige Gestaltung im Bundesrate gefunden hat. Natürlich sind die Anträge durch eine Indiskretion dann im Pariser „Matin" bekannt geworden. (Heiterkeit.) Sie gehen übrigens nur das Deutsche Reich und die Reichslande etwas an. Zur Sache selbst kann ich feststellen, daß sich die Vorredner in maßlosen Uebertreibungen ergingen und der Sache eine weit über das Tatsächliche hinausgehende Bedeutung beigelegt haben. Was ist denn unsere Absicht? Wir wollen erstens die Einführung des Reichspreßgesetzes in den Reichslanden und zweitens die Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes. Das Preßgesetz anlangt, so schlagen wir nicht Neues vor. Schon 1898 unterbreiteten wir dem Landesausschuß eine ähnliche Vorlage; diese wurde aber abgelehnt, weil man sich sagte, daß ein großer Teil der Bevölkerung die französische Sprache nicht als eine fremde, sondern als Volkssprache ansehe. Unsere ersten Anregungen liegen also fünfzehn Jahre zurück. Der heutige Antrag brachte in keiner Weise die Verfassung. Die nationalistischen Zeitungen gerieren sich wie französische Zeitungen in französischen Landen in der Absicht, das Volk dem Deutschtum zu entfremden. Die französischen Zusätze und französisches Wesen werden als etwas Unerreichbares hingestellt. Die altdeutsche Bevölkerung muß sich gefallen lassen, daß Deutschland bei jeder Gelegenheit in den Kot gezogen wird. Die Jugend soll an ihrer eigenen Heimat irregemacht werden. (Lebhafter Widerspruch des Abg. Wetterlé.) Gegen diese verhetzende Tätigkeit müssen wir uns wehren. Sie werden daher begreifen, wenn wir diese Zeitungen gleichstellen mit der Presse des Auslandes. Redner ging dann, oft von Zwischenrufen unterbrochen, auf den Charakter des Nationalismus ein. Wohl sei der Nationalismus parlamentarisch tot, im übrigen aber lebe er noch in den Vereinen und in der Presse. Es sei eine kleine, aber laute Gesellschaft im Lande, die die Jugend in schlimmster Weise behrede. Die Regierung habe die Pflicht, hier einzugreifen, um dem Lande die Ruhe und den Frieden zu erhalten. Eins, sagte der Unterstaatssekretär, habe ich bei der heutigen Debatte trotz aller Schärfe, mit der sich die Parteireden gegen unsere Anträge wandten, erfreulich gefunden, die mannhafte Absage an den Nationalismus, wie ich sie bisher nicht gehört habe. Hätte ihr Vorgehen allein diese Wirkung gehabt, so könnte die Regierung zufrieden sein. Wir hoffen, sagte der Redner weiter, daß die gesetzgebenden Faktoren des Reiches das Gesetz annehmen werden. Ich kann Sie versichern, daß wir nicht die Absicht haben, sofort gegen die im Lande erscheinenden französischen Zeitungen vorzugehen. Wir werden ruhig abwarten, welche Haltung diese Zeitungen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes einnehmen werden. Wenn sie sich der deutschen Zugehörigkeit bewußt sein werden, dann wird das Gesetz gar nicht zur Anwendung kommen. Was das Vereinsgesetz betrifft, so glaubte die Regierung der Reform von 1908 zustimmen zu sollen, im Vertrauen darauf, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung die freiheitlichen Bestimmungen des Gesetzes werde ertragen können. In dieser Beziehung haben wir uns etwas getäuscht, daran ist gleichfalls das Aufkommen und die Bewegung des Nationalismus schuld. Wenn wir für uns das Recht beanspruchen, gewisse Vereine aufzulösen, so hat es seinen Grund darin, daß man darauf aufgebt, die Jugend dem Deutschtum zu entfremden. Die elsaß-lothringische Regierung begehrt nicht leichten Herzens ein solches Machtmittel. Wir kann aber das Land nur dann der Ruhe und dem Frieden entgegenführen, wenn sie Abwehrmaßnahmen gegen die deutschfeindliche Gesinnung ergreift. Es handelt sich hier keineswegs um positive Germanisationspolitik. Gewerkschaften und sozialdemokratische Vereine werden nicht unter dieses Gesetz fallen. Daß unsere Anträge die Rückkehr zur Diktatur bedeuten, ist eine maßlose Uebertreibung. Auch kann von einer „Bankerotterklärung der Regierung" keine Rede sein, wenn sie der Ueberzeugung ist, daß sie einige politische Besiegnisse braucht. Dadurch wird auch die Berner Konferenz nicht im geringsten berührt. Unsere Anträge werden den europäischen Frieden nicht stören.

Im weiteren Verlauf der Sitzung legte Staatssekretär Freiherr Zorn von Bulach dann nochmals den Standpunkt der Regierung dar.

In Erwiderung auf gegen ihn aus dem Hause gerichtete, zum Teil recht heftige Angriffe bemerkte er u. a., man habe ihm Unfähigkeit vorgeworfen und ihn aufgefordert, das Amte geschulten. Solange aber der Kaiser finde, daß die Regierung ihre Pflicht tue, habe niemand etwas zu sagen, und er werde auf seinem Posten ausharren. Er freue sich nur, daß dem Nationalismus eine solche Absage zuteil geworden sei, was auch in dem der Regierung ausgesprochenen Mißtrauen zum Ausdruck komme. Auf diesem Boden könnten sich die Parteien und die Regierung wieder zusammenfinden.

Die schließlich von allen vier Fraktionen eingebrachte und mit allen Stimmen bei einer Enthaltung — der des Abg. Wetterlé — angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Die Kammer nimmt Kenntnis von den Erklärungen der Regierung; sie mißbilligt auf das schärfste die Bestrebungen auf Verhinderung von Ausnahmebestimmungen bezüglich des Preß- und des Vereinsgesetzes und stellt fest, daß die zur Begründung derselben angeführten Behauptungen zum Teil unrichtig, zum Teil übertrieben sind. Sie ist der Ueberzeugung, daß die friedliche Entwicklung unseres Landes durch den von der Regierung gewählten Weg der Ausnahmegesetzgebung ernstlich gestört wird, und daß das elsaß-lothringische Volk in sich selbst die Kraft und den Willen hat, eine gesunde Entwicklung seiner politischen Verhältnisse allem nationalistischen Chauvinismus gegenüber sicher zu stellen. Die Kammer spricht die bestimmte Erwartung aus, daß gegebenenfalls der Reichstag eine Vorlage auf Erlaß von Ausnahmebestimmungen für Elsaß-Lothringen zum Preß- und Vereinsgesetz ablehne."